Europäisches Parlament
2024-2029

ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2025)0221

Politische Strategie der EU zu Lateinamerika

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 8. Oktober 2025 zu der politischen Strategie der EU zu Lateinamerika (2025/2083(INI))

Das Europäische Parlament,

– gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union (EUV) und insbesondere Titel V zum auswärtigen Handeln der Union,

– unter Hinweis auf die Artikel 3 bis 21 und Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 2. April 2025 zur Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2024[1],

– unter Hinweis auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates[2],

– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. März 2023 zu der Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung[3],

– unter Hinweis auf die im September 2015 verabschiedete Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG),

– unter Hinweis auf seine Entschließungen zu Venezuela, insbesondere

---

1 Angenommene Texte, P10_TA(2025)0057.
2 ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2021/947/oj.
3 ABl. C, C/2023/398, 23.11.2023, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2023/398/oj.

die Entschließung vom 21. Januar 2025 zur Lage in Venezuela nach der widerrechtlichen Machtergreifung am 10. Januar 2025[1], die Entschließung vom 19. September 2024 zur Lage in Venezuela[2], die Entschließung vom 12. Juli 2023 zur Lage des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba vor dem Hintergrund des jüngsten Besuchs der Insel durch den Hohen Vertreter[3] und die Entschließung vom 19. September 2024 zu dem Fall José Daniel Ferrer García in Kuba[4] und zu Nicaragua, insbesondere die Entschließung vom 13. Februar 2025 zu der Unterdrückung durch das Ortega-Murillo-Regime in Nicaragua, die sich insbesondere gegen Menschenrechtsverteidiger, Oppositionelle und religiöse Gemeinschaften richtet[5],

– unter Hinweis auf die 32 Resolutionen der UN-Generalversammlung aus den Jahren 1992 bis 2024, einschließlich der Resolution der UN-Generalversammlung A/RES/79/7 vom 1. November 2024 mit dem Titel „Notwendigkeit der Beendigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“,

– unter Hinweis auf die Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Lage in Haiti, insbesondere die Resolution 58/32 des Menschenrechtsrats vom 4. April 2025 mit dem Titel „Technical assistance and capacity-building to improve the situation of human rights in Haiti, in connection with a request from the authorities of Haiti for coordinated and targeted international action“ (Technische Hilfe und Kapazitätsaufbau zur Verbesserung der Menschenrechtslage in Haiti im Zusammenhang mit einem Ersuchen der haitianischen Behörden um koordinierte und gezielte internationale Maßnahmen),

– unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 26. Mai 2025 mit dem Titel „Pathways to progress: maximising impact for sustainable development and global prosperity“ (Wege zum Fortschritt: Maximierung der Wirkung für nachhaltige Entwicklung und globalen Wohlstand), die auf seiner 4 099. Tagung im Vorfeld der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung vom 30. Juni bis 3. Juli 2025 in Sevilla angenommen wurden,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

---

1 ABl. C, C/2025/2148, 23.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2148/oj.
2 ABl. C, C/2024/7215, 10.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/7215/oj.
3 ABl. C, C/2024/4001, 17.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/4001/oj.
4 ABl. C, C/2024/7213, 10.12.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2024/7213/oj.
5 ABl. C, C/2025/2249, 29.4.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/2249/oj.

vom 7. Juni 2023 mit dem Titel: „Eine neue Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik“ (JOIN(2023)0017),

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 1. Dezember 2021 mit dem Titel „Global Gateway“ (JOIN(2021)0030),

– unter Hinweis auf die Resolution ES-11/1 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 2. März 2022 mit dem Titel „Aggression gegen die Ukraine“,

– unter Hinweis auf die am 13. September 2007 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene Erklärung über die Rechte der indigenen Völker,

– unter Hinweis auf die Gemeinsame Mitteilung der Kommission und des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik vom 25. November 2020 mit dem Titel „EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (GAP III) – Eine ambitionierte Agenda für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frau im auswärtigen Handeln der EU“ (JOIN(2020)0017),

– unter Hinweis auf die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen vom 20. Dezember 1993,

– unter Hinweis auf das Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Übereinkommen von Istanbul), das von der EU unterzeichnet wurde,

– unter Hinweis auf das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) und das von der 21. Konferenz der Vertragsparteien des UNFCCC am 12. Dezember 2015 angenommene Übereinkommen von Paris,

– unter Hinweis auf den Pakt für die Zukunft, der auf dem Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen am 22. September 2024 angenommen wurde,

– unter Hinweis auf die Erklärung, die beim Gipfeltreffen 2023 der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), das am 17. und 18. Juli 2023 in Brüssel stattfand, abgegeben wurde,

– unter Hinweis auf die während des EU-CELAC-Gipfeltreffens im Juli 2023 in Brüssel angekündigte Global-Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik,

– unter Hinweis auf die am 5. März 2025 angenommene Gemeinsame Erklärung der Minister für Inneres und/oder Sicherheit der

Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der für Sicherheit zuständigen Minister der Mitgliedstaaten des Lateinamerikanischen Ausschusses für innere Sicherheit,

– unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission vom 30. Juni 2017 mit dem Titel „Der neue europäische Konsens über die Entwicklungspolitik – Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“[1],

– unter Hinweis auf den von der Drogenagentur der Europäischen Union am 5. Juni 2025 veröffentlichten Europäischen Drogenbericht 2025,

– unter Hinweis auf das regionale Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten in Lateinamerika und in der Karibik (Übereinkommen von Escazú) vom 4. März 2018,

– unter Hinweis auf die Stellungnahme des Entwicklungsausschusses,

– gestützt auf Artikel 55 seiner Geschäftsordnung,

– gestützt auf den Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A10-0171/2025),

A. in der Erwägung, dass die EU und die Länder Lateinamerikas und der Karibik (LAK) seit Langem Beziehungen in den Bereichen Geschichte, Religion, Kultur und Wirtschaft unterhalten und aufgrund ihrer Haltung zu Demokratie, Menschenrechten und multilateraler Zusammenarbeit naheliegende Verbündete sind; in der Erwägung, dass diese Beziehungen durch tiefgehende menschliche Bindungen gestärkt werden, da viele LAK-Bürger auch die Unionsbürgerschaft besitzen und umgekehrt; in der Erwägung, dass die Allianz zwischen den Ländern in der Region und der EU auf Demokratie, Menschenrechten und multilateraler Zusammenarbeit gründen sollte;

B. in der Erwägung, dass die internationale Ordnung einen tiefgreifenden Wandel durchläuft, in dessen Verlauf die Orientierung an Zusammenarbeit, die jahrzehntelang die Grundlage der globalen Beziehungen bildete, durch einen erbitterten strategischen Konkurrenzkampf ersetzt wird und das Recht des Stärkeren das Völkerrecht als Leitprinzip zu verdrängen droht; in der Erwägung, dass das internationale System, das nach dem Zweiten Weltkrieg eine gewisse Stabilität geboten hatte, innerhalb weniger Jahre durch wachsende Spannungen, nationalistische Bestrebungen und eine Dynamik der Konfrontation, die das globale Gleichgewicht zu zerrütten drohen, erschüttert wurde; in der Erwägung, dass sich die EU, die sich bisher besonders entschieden für den Aufbau und die

[1] ABl. C 210 vom 30.6.2017, S. 1.

Verteidigung eines regelbasierten multilateralen Systems eingesetzt hat, heute einem feindseligen und herausfordernden Umfeld gegenübersieht; in der Erwägung, dass strukturelle Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China, das Infragestellen demokratischer Werte in verschiedenen Regionen und die Versuche, eine bipolare Weltordnung zu schaffen, in der die Komplexität der Welt auf ein Aufeinandertreffen zwischen Großmächten reduziert wird, eine entschlossene und strategische Reaktion Europas erfordern; in der Erwägung, dass nur wenige regionale Beziehungen für Europa ein so großes Potenzial und so viele Chancen bieten wie die Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik, wobei dies insbesondere für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen wie die Sicherung der Rohstoffversorgung und die Förderung der Energiewende, die Steuerung der Migration und die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels gilt, um eine Zukunft im Zeichen von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand zu schaffen;

C. in der Erwägung, dass die EU und die LAK-Partner entschlossen sind, ihre Zusammenarbeit auf Stabilität, Zuverlässigkeit, Beteiligung, Mitverantwortung und einem Dialog zwischen den beiden Regionen, der deren Vielfalt und Asymmetrien aufzeigt und die Menschen, den sozialen Zusammenhalt und die inklusive Entwicklung in den Mittelpunkt stellt, aufzubauen;

D. in der Erwägung, dass die Verbindung zwischen den beiden Regionen durch solide bilaterale Beziehungen und eine engere Zusammenarbeit mit biregionalen und subregionalen Einrichtungen wie der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC), der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), dem Mercosur, der Andengemeinschaft, dem CARICOM/CARIFORUM und der Pazifischen Allianz weiter verstärkt wird; in der Erwägung, dass die strategische Partnerschaft zwischen der EU und den Ländern Lateinamerikas und der Karibik auf das Jahr 1999 zurückgeht, als das erste biregionale Gipfeltreffen EU-LAK in Rio de Janeiro stattfand;

E. in der Erwägung, dass die Gesamtbevölkerung beider Regionen mehr als eine Milliarde Menschen beträgt; in der Erwägung, dass sich der bilaterale Handel mit Waren und Dienstleistungen den Daten für 2023 zufolge auf 395 Mrd. EUR beläuft, was einem Anstieg um 45 % gegenüber 2013 entspricht, und dass sich die Direktinvestitionen der EU in Lateinamerika im Jahr 2022 auf insgesamt mehr als 741 Mrd. EUR beliefen; in der Erwägung, dass sich die EU und die Länder Lateinamerikas gemeinsam für die Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung einsetzen, indem sie sich für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und nachhaltige Entwicklung aussprechen; in der Erwägung, dass beide Regionen weiterhin vor erheblichen Herausforderungen stehen, was auch soziale Ungleichheit, geschlechtsspezifische Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Armut

einschließt; in der Erwägung, dass die Daten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zeigen, dass mehr in die soziale Inklusion investiert werden muss, da Lateinamerika nach wie vor eine der Regionen mit der größten Ungleichheit ist, in der 58 % der Menschen in ländlichen Gebieten, und zwar insbesondere indigene Völker, unterhalb der Armutsgrenze leben, verglichen mit 26 % der Bevölkerung in städtischen Gebieten; in der Erwägung, dass im Jahr 2023 41 Millionen Menschen in Lateinamerika Hunger litten und 187,6 Millionen Menschen von mittelschwerer bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen waren; in der Erwägung, dass die zunehmende soziale und wirtschaftliche Ungleichheit sowohl in Europa als auch in Lateinamerika die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die gesellschaftliche Fragmentierung und den Verlust des Vertrauens in demokratische Institutionen verstärkt und damit einen fruchtbaren Boden für populistische und autoritäre Bewegungen geschaffen hat, die Missstände ausnutzen, Gesellschaften polarisieren und die Rechtsstaatlichkeit, demokratische Normen und die pluralistische Debatte unterlaufen;

F. in der Erwägung, dass die EU und die LAK-Staaten zusammen ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen stellen und etwa 21 % des weltweiten BIP auf sich vereinen;

G. in der Erwägung, dass eine hohe Staatsverschuldung in Verbindung mit steigenden Bedienungskosten, insbesondere Zinszahlungen, und ein großes Ausmaß an informeller Beschäftigung in der Region im Jahr 2024 nach wie vor Herausforderungen mit sich bringt, was den Sozialschutz der Arbeitnehmer betrifft, und zu weiteren Haushaltszwängen beiträgt, die zu den wesentlichen Hemmnissen für eine nachhaltige Entwicklung in der Region gehören und sich dauerhaft auf Wachstum, Investitionen, Armut und Ungleichheit auswirken;

H. in der Erwägung, dass diese verschiedenen Arten von Ungleichheit dringend angegangen werden müssen, um gerechtere und stabilere Demokratien zu fördern, Populismus und Extremismus einzudämmen und die Voraussetzungen für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung, hochwertige Arbeitsplätze und gemeinsamen Wohlstand zu schaffen, damit den eigentlichen Ursachen von Migration und Vertreibung in der Region begegnet werden kann, die durch einen beispiellosen Anstieg von Gewalt, Unsicherheit, Straflosigkeit und Menschenrechtsverletzungen verschärft werden; in der Erwägung, dass es von höchster Relevanz ist, die Entwicklung eines intakten zivilgesellschaftlichen Rahmens zu ermöglichen, in dem Menschenrechtsorganisationen und Umweltschützer sicher sind;

I. in der Erwägung, dass 74 % der LAK-Staaten besonders durch extreme Wetterereignisse gefährdet sind und große klimabedingte Herausforderungen zu bewältigen haben, wozu beispielsweise die

Auswirkungen von El Niño auf die Lebensmittelversorgung zählen; in der Erwägung, dass es sich um die am zweithäufigsten von Katastrophen betroffene Region der Welt handelt, in der in den letzten drei Jahrzehnten mehr als 190 Millionen Menschen von Naturkatastrophen heimgesucht wurden, wobei insbesondere Frauen und die am meisten gefährdeten Bevölkerungsgruppen besonders betroffen waren; in der Erwägung, dass der Klimawandel insbesondere die kleinen Inselstaaten in der Karibik, bei denen es sich um Entwicklungsländer handelt, trifft;

J. in der Erwägung, dass in den LAK-Staaten fast 35 % der gesamten Waldgebiete der Welt liegen, 40 % der weltweiten biologischen Vielfalt zu finden sind und etwa 50 % der terrestrischen Arten leben, die für den Kampf gegen den Klimawandel unerlässlich sind; in der Erwägung, dass dem überlieferten Wissen indigener Gemeinschaften beim Schutz dieser Wälder und Arten eine zentrale Rolle zukommen könnte;

K. in der Erwägung, dass sowohl die EU als auch die LAK-Staaten entschlossen sind, die Ziele des Übereinkommens von Paris zu erreichen; in der Erwägung, dass Primärrohstoffe (landwirtschaftliche Erzeugnisse und natürliche Ressourcen) etwa 50 % aller Warenausfuhren aus den LAK-Staaten ausmachen; in der Erwägung, dass die LAK-Staaten über große Rohstoffreserven verfügen, die in unseren Volkswirtschaften für den grünen Wandel und die Energiewende benötigt werden; in der Erwägung, dass für den Bedarf an diesen Rohstoffen und die damit verbundene Zusammenarbeit im Rahmen von Global-Gateway-Projekten Partnerschaften als Grundlage dienen sollten, die für beide Seiten vorteilhaft sind und unter anderem Arbeitsplätze schaffen und Investitionen ankurbeln, wodurch ein Mehrwert für die Region entsteht, während zugleich die Herausforderung bewältigt werden, die sich aus dem wachsenden Druck auf Vielfalt und Ernährungssicherheit ergeben; in der Erwägung, dass die LAK-Region vor einer großen Investitionslücke mit Blick auf einen fairen Vollzug des grünen und des digitalen Wandels steht;

L. in der Erwägung, dass die demografischen und epidemiologischen Entwicklungen und die Auswirkungen des Klimawandels in der EU und den LAK-Staaten zu einer steigenden Nachfrage nach Pflege und Betreuung, einschließlich Langzeitpflege und -betreuung, führen und sich somit auf die Gleichberechtigung und Chancengleichheit für Frauen auswirken, denen – in Ermangelung ausreichender Pflege- und Betreuungsmaßnahmen und entsprechender Dienste, die für eine gleichberechtigte Aufteilung der Verantwortung zwischen Männern und Frauen sorgen würden – bezahlte und unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit überwiegend übertragen wird;

M. in der Erwägung, dass die multilaterale regelbasierte Ordnung, auf der Frieden, Wohlstand, Achtung der Rechtsstaatlichkeit, des Völkerrechts und der Menschenrechte seit 80 Jahren beruhen,

zunehmend durch autokratische Entwicklungstendenzen bzw. Autokratien auf der ganzen Welt infrage gestellt wird; in der Erwägung, dass beide Regionen zusammen ein Drittel der Stimmrechte bei den Vereinten Nationen besitzen;

N. in der Erwägung, dass der rechtswidrige, ungerechtfertigte und unprovozierte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine einen eklatanten Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt und die globale Sicherheit bedroht, was eine entschlossene, koordinierte und unmissverständliche Haltung seitens der demokratischen Partner, einschließlich jener in Lateinamerika und der Karibik, erfordert; in der Erwägung, dass die meisten Länder Lateinamerikas und der Karibik die Resolutionen der Vereinten Nationen gegen die Aggression Russlands gegen die Ukraine unterstützt haben;

O. in der Erwägung, dass externe Akteure, insbesondere China, Russland und Iran, ihre Stellung in den LAK-Staaten ausbauen, wobei Peking verstärkt in Infrastruktur- und Rohstoffprojekte investiert, Moskau seine diplomatische, politische, militärische und sicherheitspolitische Präsenz und seine Propaganda ausweitet und Teheran die nachrichtendienstlichen Aktivitäten in der Region intensiviert; in der Erwägung, dass diese externen Akteure antidemokratische Kräfte vor Ort unterstützen und zu Rückschritten bei der Demokratie beitragen; in der Erwägung, dass Russland wirtschaftliche Abhängigkeiten, unter anderem bei Düngemitteln und Dieselkraftstoff, ausnutzt und Desinformationskampagnen betreibt, um demokratische Systeme zu destabilisieren; in der Erwägung, dass Chinas Präsenz wirtschaftliche Abhängigkeiten schafft, die die Außenpolitik in der Region beeinflussen;

P. in der Erwägung, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eine entscheidende Komponente und Voraussetzung für demokratische, freie und partizipative Gesellschaften ist; in der Erwägung, dass Gewalt gegen politische Gegner eine unmittelbare Bedrohung für die Grundlagen der Demokratie bedeutet, wie die Ermordung des kolumbianischen Senators Miguel Uribe Turbay und die alarmierende Zunahme der Gewalt in Kolumbien zeigen;

Q. in der Erwägung, dass die EU und das Parlament die im Jahr 2016 erzielte Einigung über den Friedensprozess in Kolumbien sehr unterstützt haben und seine Umsetzung weiterhin überwachen; in der Erwägung, dass mit diesem Friedensabkommen ein fünf Jahrzehnte andauernder bewaffneter Konflikt beendet wurde; in der Erwägung, dass bei der anhaltenden Unterstützung der EU für die vollständige Umsetzung des Friedensabkommens der jüngsten Eskalation der Gewalt Rechnung getragen werden sollte;

R. in der Erwägung, dass der generelle Rückschritt bei der Demokratie in autokratischen und illiberalen Regimes die Strategien dieser Regimes hinsichtlich ihrer Legitimierung begünstigt, unter anderem dadurch, dass wirksame Kontrollmechanismen in Bezug auf die

Durchsetzung repressiver Gesetze abgeschafft werden;

S. in der Erwägung, dass das Parlament kürzlich und unmissverständlich seinen Standpunkt in zahlreichen Entschließungen zur Nichteinhaltung des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba zum Ausdruck gebracht hat; in der Erwägung, dass es derzeit 1 155 politische Gefangene in Kuba gibt und vom kubanischen Regime systematische Menschenrechtsverletzungen begangen werden;

T. in der Erwägung, dass das Parlament die widerrechtliche Machtergreifung am 10. Januar 2025 in Venezuela durch Nicolás Maduro angeprangert und Edmundo González Urrutia als rechtmäßigen und demokratisch gewählten Präsidenten Venezuelas und María Corina Machado als Anführerin der demokratischen Kräfte in Venezuela anerkannt hat; in der Erwägung, dass das Parlament ihnen den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2024 verliehen hat, der seine Unterstützung für den Kampf für Freiheit und Demokratie in Venezuela symbolisiert; in der Erwägung, dass den mehr als 7 Millionen Venezolanern, die seit 2015 gezwungen waren, aus ihrem Land zu fliehen, wobei sich etwa 6 Millionen in Lateinamerika und der Karibik niedergelassen haben, Mitgefühl entgegengebracht werden sollte; in der Erwägung, dass die Nachbarländer einer erheblichen Belastung ausgesetzt sind; in der Erwägung, dass die Solidarität und die großen Anstrengungen der aufnehmenden Gemeinschaften, insbesondere in Kolumbien, bei der Bereitstellung eines Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten für venezolanische Flüchtlinge gewürdigt werden sollten, da dies zur regionalen Stabilität und zum Schutz der Grundrechte beiträgt;

U. in der Erwägung, dass das Regime in Nicaragua seit 2018 unter anderem Menschenrechtsverteidiger und Vertreter der Opposition sowie religiöser Gemeinschaften systematisch, wiederholt und willkürlich verfolgt; in der Erwägung, dass mehr als 5 600 nichtstaatliche Organisationen, darunter religiöse – hauptsächlich katholische – Gruppen aufgelöst und ihre Vermögenswerte eingezogen wurden; in der Erwägung, dass das Parlament wiederholt das von Daniel Ortega und Rosario Murillo in Nicaragua errichtete Regime verurteilt hat;

V. in der Erwägung, dass die von der Trump-Regierung in den Vereinigten Staaten ergriffenen Maßnahmen zu geopolitischer Unsicherheit geführt haben, den Multilateralismus aushöhlen und die biregionale Zusammenarbeit behindern, weshalb eine solide und unabhängige Allianz zwischen der EU und den LAK-Staaten umso wichtiger ist; in der Erwägung, dass die strategische Allianz zwischen der EU und den LAK-Staaten von entscheidender Bedeutung ist, um gemeinsame Werte und Interessen wie Multilateralismus und Demokratie voranzutreiben;

W. in der Erwägung, dass die LAK-Region in wichtigen internationalen Organisationen und Foren, einschließlich der G20 und internationaler Finanzinstitute, nach wie vor unterrepräsentiert ist; in der Erwägung, dass Mexiko und Brasilien eine besondere Stellung in den biregionalen Beziehungen einnehmen, da sie die beiden größten Volkswirtschaften Lateinamerikas und der Karibik sind, einen erheblichen geopolitischen Einfluss ausüben und offiziell als strategische Partner der EU bezeichnet werden;

X. in der Erwägung, dass der Drogenhandel eine ernsthafte Bedrohung für die Sicherheit in beiden Regionen bedeutet; in der Erwägung, dass sich die Europäische Union seit 2020 zum weltweit größten Markt für den Kokainkonsum entwickelt hat; in der Erwägung, dass das Kokain größtenteils aus Lateinamerika und der Karibik stammt und vor allem über europäische Atlantikhäfen in die EU gelangt;

Y. in der Erwägung, dass sich die Handlungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft in vielen Ländern Lateinamerikas und der Karibik verringern, wobei dort eine außergewöhnliche Zunahme der Angriffe auf Menschenrechtsorganisationen sowie auf Menschenrechtsaktivisten und -verteidiger zu verzeichnen ist, die zu Vertreibung und Gewalt führen und auch mit Straflosigkeit einhergehen;

Z. in der Erwägung, dass die EU und die Länder Lateinamerikas und der Karibik ein strategisches Interesse daran haben, ihre jeweilige strategische Autonomie zu stärken und ihre Lieferketten zu diversifizieren; in der Erwägung, dass Lateinamerika bei der Erzeugung nachhaltiger Energie weltweit führend ist, wobei etwa 69 % seines Stroms aus erneuerbaren und umweltfreundlichen Quellen stammen, was die strategische Bedeutung und das Potenzial der Region für den ökologischen Wandel weltweit aufzeigt;

AA. in der Erwägung, dass seit der Gründung der CELAC im Jahr 2010 drei Gipfeltreffen zwischen der EU und der CELAC stattgefunden haben, und zwar in den Jahren 2013, 2015 und 2023; in der Erwägung, dass zwischen der EU und der CELAC eine langjährige strategische Partnerschaft besteht und sie ein Geflecht von Assoziierungs- und Handelsabkommen geschaffen haben; in der Erwägung, dass der EU-CELAC-Gipfel im November 2025 in Kolumbien eine wichtige Gelegenheit sein wird, den Einsatz der EU für Lateinamerika und die Karibik zu bekräftigen und zu zeigen, dass Europa ein wichtiger, verlässlicher und strategischer Partner ist, der ein überzeugendes alternatives Entwicklungsmodell bietet, das sich auf demokratische Zusammenarbeit und gemeinsamen Wohlstand stützt, und dass beide Regionen sich entschlossen für die biregionale Zusammenarbeit und eine auf Regeln basierende internationale Ordnung einsetzen;

1. hebt die engen Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik in menschlicher, historischer, kultureller,

wirtschaftlicher und konfessioneller Hinsicht hervor, die das Fundament einer naturgegebenen Allianz und die Grundlage für die Entwicklung eines stabilen und dauerhaften transatlantischen Raums des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands für Europa und Lateinamerika bilden;

2. unterstützt eine Politik, die darauf abzielt, die regionale Zusammenarbeit und eine stärkere regionale Integration in den LAK-Staaten zu fördern; betont, dass der neue globale geopolitische Kontext einen deutlichen Entwicklungsschub in der Partnerschaft zwischen der EU und den LAK-Staaten erfordert, um sie zu einer strategischen Allianz zur Verteidigung des Multilateralismus und seiner Grundprinzipien weiterzuentwickeln, was auch Dialog, Inklusion, internationale Solidarität und Achtung der Charta der Vereinten Nationen, der Menschenrechte, des humanitären Rechts sowie den Einsatz für nachhaltige Entwicklung einschließt;

3. ist der Ansicht, dass die EU und die LAK-Staaten als naheliegende strategische Partner eine historische Chance haben, ihre Allianz in dem gegenwärtigen geopolitischen Kontext, der durch einen strategischen Konkurrenzkampf geprägt ist, zu stärken; ist der Ansicht, dass ihre Partnerschaft einen wichtigen Ausgleich zu den zunehmenden geopolitischen Spannungen bieten kann, indem gemeinsame Strategien erarbeitet werden, mit denen ihre strategische Autonomie, die Zusammenarbeit und die gegenseitige Achtung gefördert werden;

4. betont, dass sich die Beziehungen zwischen Europa und den LAK-Staaten auch auf enge personelle Verbindungen stützen; weist darauf hin, dass in einer zunehmend voneinander entfremdeten Welt das Humankapital, das auch gemeinsame Sprachen, ein gemeinsames Erbe und gemeinsame kulturelle Wurzeln umfasst, ein strategischer Vorteil ist, den es zu bewahren gilt;

5. hebt das erneuerte und wachsende Engagement der EU in der Region hervor, das durch das maßgebliche Gipfeltreffen EU-CELAC im Jahr 2023 unter Beweis gestellt wurde, durch das nach Jahren der geringen Präsenz ein klarer Wendepunkt markiert wurde; hebt hervor, dass ein nachhaltiges Engagement erforderlich ist, um die Interessen und Werte der EU zu fördern; stellt fest, dass das Engagement der EU in den letzten Jahrzehnten nachgelassen hat, wodurch ein Vakuum entstanden ist, das Raum für einen zunehmenden Einfluss Chinas, Russlands und Irans geschaffen hat; erklärt sich besorgt darüber, dass durch diese Annäherung an autoritäre Regime letztlich die Demokratie in der Region geschädigt wird;

6. stellt fest, dass es dringend notwendig ist, die Beziehungen zwischen der EU und den LAK-Staaten angesichts der sich abzeichnenden geopolitischen Veränderungen, des Klimawandels, des technologischen Fortschritts, der zunehmenden Ungleichheit und

der Sicherheitsherausforderungen, vor denen beide Regionen stehen, weiter zu verbessern und weiterzuentwickeln sowie die strategische Autonomie beider Regionen zu stärken;

Geopolitische Bedeutung des strategischen Bündnisses zwischen der EU und den LAK-Staaten sowie der Stärkung des Dialogs und der Zusammenarbeit

7. fordert die Vizepräsidentin der Kommission und Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und die Mitgliedstaaten auf, die diplomatischen Bemühungen in der Region zu verstärken, um eine stärkere Konvergenz zwischen der EU und den LAK-Staaten in wichtigen außenpolitischen Fragen zu begünstigen, und insbesondere eine entschlossenere Haltung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und zu den internationalen Bemühungen um einen dauerhaften Waffenstillstand im Gazastreifen, die kontinuierliche Lieferung humanitärer Hilfe und die bedingungslose Freilassung aller Geiseln einzunehmen; unterstreicht, dass sich die EU-LAK-Partnerschaft angesichts des gegenwärtigen internationalen Kontextes auf eine Logik der gemeinsamen strategischen Autonomie, die Verringerung von externen Abhängigkeiten und die Verteidigung der multilateralen, auf Regeln basierenden Ordnung stützen muss, wobei diese als Leitprinzipien gelten müssen;

8. fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten in internationalen Foren, um die multilaterale Weltordnung, das Völkerrecht, die Achtung der Demokratie und der Menschenrechte, das humanitäre Völkerrecht und die humanitären Grundsätze, die soziale Gerechtigkeit und die nachhaltige Entwicklung zu fördern und zu verteidigen; betont in diesem Zusammenhang, dass die EU ihren Partnern in den LAK-Staaten zeigen muss, dass sie bessere Bedingungen für eine Partnerschaft als autoritäre Regime bieten kann;

9. betont daher, dass die EU ihre Bemühungen auf die Stärkung der demokratischen Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der politischen Rechenschaftspflicht konzentrieren muss, und fordert Fortschritte bei Reformen und friedensfördernden Maßnahmen, die auf die Stärkung der Sicherheit und Stabilität in beiden Regionen abzielen; weist darauf hin, dass die Verteidigung der Menschenrechte, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Gleichstellung der Geschlechter eine bereichsübergreifende Bedingung für sämtliche Finanzierungsvereinbarungen und anderweitigen Abkommen zwischen der EU und den LAK-Staaten sein muss, auch im Rahmen des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt); fordert Transparenz und Rechenschaft, insbesondere in Handels- und Investitionsrahmen;

10. ist besorgt über die Rückschritte bei der Demokratie in den LAK-

Staaten seit 2019 und verurteilt die Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen der Grundfreiheiten in der Region, insbesondere durch die Regime in Nicaragua, Kuba und Venezuela, die zu den autoritärsten Ländern der Welt gehören; ist zutiefst besorgt über die zunehmende Tendenz hin zu autoritärer und populistischer Regierungsführung in den LAK-Staaten und über die voranschreitende Aushöhlung der demokratischen Institutionen, des Multilateralismus, der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und Grundfreiheiten, des zivilgesellschaftlichen Raums und des grundlegenden Sozialschutzes; betont, dass die Unterstützung für demokratische Akteure und die Zivilgesellschaft gestärkt werden muss, und fordert nachdrücklich die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen;

11. verurteilt insbesondere die systematischen Menschenrechtsverletzungen des kubanischen Regimes, die sich gegen Demonstranten, politische Dissidenten, religiöse Führer und Menschenrechtsaktivisten richten, und verurteilt ferner, dass das Regime die Gründung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen behindert; stellt fest, dass nach zuverlässigen Quellen mehr als tausend politische Gefangene, darunter auch Minderjährige, vom Regime festgehalten werden, und fordert das kubanische Regime auf, sie unverzüglich freizulassen; fordert den uneingeschränkten Einsatz aller erforderlichen verfügbaren Instrumente, um die Einhaltung der Demokratie- und Menschenrechtsklauseln des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba sicherzustellen; bekräftigt seine Forderung an den Rat, Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die für die anhaltenden Verstöße dagegen verantwortlich sind; missbilligt, dass sich kubanische Söldner an der Militäraktion Russlands an der Front in der Ukraine beteiligen;

12. verurteilt den vom Regime in Venezuela bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2024 und bei der Scheinwahl für das neue Parlament im Mai 2025 orchestrierten Wahlbetrug aufs Schärfste und lehnt ihn entschieden ab; fordert die Regierung Maduro auf, ihre repressive Politik zu beenden und ihre Angriffe auf die Zivilgesellschaft und die Opposition einzustellen; weist darauf hin, dass das Parlament Edmundo González Urrutia am 19. September 2024 als rechtmäßigen und demokratisch gewählten Präsidenten Venezuelas und María Corina Machado als Anführerin der demokratischen Kräfte in Venezuela anerkannt hat; betont, dass verschiedene demokratische Staaten in der Region und der ganzen Welt Edmundo González Urrutia als gewählten Präsidenten anerkannt haben; begrüßt, dass das Parlament den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2024 am 17. Dezember 2024 an María Corina Machado und Edmundo González Urrutia verliehen hat, die für alle Venezolaner stehen, die sich für die Wiederherstellung von Freiheit und Demokratie einsetzen; würdigt das Engagement des venezolanischen Volkes für Demokratie und den anhaltenden Widerstand der demokratischen Opposition trotz der zunehmend

repressiven Politik des Maduro-Regimes;

13. weist darauf hin, dass das Regime von Daniel Ortega und Rosario Murillo in Nicaragua im Januar 2025 eine Verfassungsreform verabschiedet hat, mit der die Gewaltenteilung und der politische Pluralismus abgeschafft wurden und eine Ko-Präsidentschaft begründet wurde, welche sämtliche Staatsorgane und die Medien kontrolliert und internationale Menschenrechtskonventionen missachtet; betont darüber hinaus, dass das Regime in Nicaragua enge Beziehungen zu anderen autokratischen Regimes wie denen im Iran, in Venezuela und Kuba unterhält, und verurteilt es aufs Schärfste wegen seiner systematischen Menschenrechtsverletzungen, der Verfolgung der demokratischen Opposition, der Unterdrückung der katholischen Kirche und der Zivilgesellschaft sowie der Zerstörung der freien Medien und der Unterdrückung aller Bekundungen für eine Unabhängigkeit von der Regierung; fordert die staatlichen Stellen Nicaraguas nachdrücklich auf, die Rechtsstaatlichkeit, die Grundfreiheiten und die Rechte aller Nicaraguaner im Exil wiederherzustellen, was auch das Recht auf eine unverzügliche sichere Rückkehr einschließt; bekräftigt seine Forderung, die Demokratieklausel des EU-Assoziierungsabkommens auszulösen, und lehnt jede Aussicht auf einen Dialog mit Mitgliedern der vom Regime kontrollierten Nationalversammlung Nicaraguas ab; fordert verstärkte Sanktionen gegen Daniel Ortega und Rosario Murillo und ihre engsten Vertrauten; fordert, dass das Verbot internationaler Kontrollmechanismen für die Menschenrechte unverzüglich aufgehoben wird und der rechtliche Status von über 3 000 nichtstaatlichen Organisationen wiederhergestellt wird, der ihnen 2018 von der nicaraguanischen Regierung entzogen wurde;

14. ist zutiefst besorgt über die Aushöhlung demokratischer Grundsätze und die bewusste Umgehung verfassungsrechtlicher Garantien in anderen LAK-Staaten, besonders aber in El Salvador; äußert sich besorgt mit Hinblick auf die fehlende Unabhängigkeit der Justiz, die mangelnde Transparenz bei staatlichen Maßnahmen, den übermäßigen Einsatz von Gewalt, die unangemessene Militarisierung und die zunehmenden Einschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit; ist zutiefst besorgt über Berichte über weitverbreitete Inhaftierungen ohne rechtfertigenden Grund, über Folter, über das gewaltsame Verschwindenlassen von Zivilisten und über die alarmierende Überbelegung von Gefängnissen; kritisiert die Staatsorgane dafür, dass sie die Sicherheitskräfte für ihr Handeln nicht zur Rechenschaft ziehen und internationale Ersuchen um Aufsicht und Ermittlungen beharrlich ablehnen;

15. verurteilt nachdrücklich den Einsatz hybrider Taktiken durch die Russische Föderation, die militärische, cybertechnische, informationsbezogene und wirtschaftliche Operationen, insbesondere im Energiesektor, umfassen und auch die Umgehung von Sanktionen, intransparente Praktiken und Korruption als Mittel für eine Expansion einschließen, wodurch die regionale Sicherheit

beeinträchtigt, eine Destabilisierung im Inneren gefördert und eine Blockbildung hervorgerufen wird, die Demokratie, Frieden und Völkerrecht gefährdet; ist zutiefst besorgt über die strategische Partnerschaft zwischen Venezuela und der Russischen Föderation, die eine Bedrohung für die regionale und internationale Sicherheit bedeuten; fordert die EU auf, ihren Kampf gegen die russische Propaganda in der Region zu verstärken; weist erneut darauf hin, dass die EU sicherstellen muss, dass die EU-Delegationen über die erforderlichen Mittel zur Bekämpfung von Desinformation verfügen;

16. stellt fest, dass China der LAK-Region seit 2005 Darlehen in Höhe von insgesamt mehr als 120 Mrd. USD gewährt hat, um seinen geopolitischen Einfluss auszuweiten und die LAK-Staaten durch die Bereitstellung von Investitionskapital im Austausch für die Versorgung mit Rohöl bzw. durch die Finanzierung von Energie- und Infrastrukturprojekten von chinesischer Finanzierung abhängig zu machen; bedauert, dass diese Energie- und Infrastrukturprojekte häufig dazu führen, dass geringere Umwelt- und Arbeitsnormen Anwendung finden; weist darauf hin, dass die EU im Gegensatz zu anderen Weltmächten keine ausschließlich auf die einseitige Beschaffung von Ressourcen ausgerichteten oder unausgewogenen Beziehungen anstrebt, sondern Partnerschaften, die auf Gegenseitigkeit, Nachhaltigkeit und Wertschöpfung beruhen; hebt hervor, dass gerade dieses Modell der Zusammenarbeit, bei dem der Achtung der Souveränität, der Transparenz und der Rechtsstaatlichkeit Vorrang eingeräumt wird, die EU zu einem bevorzugten Partner für die Region macht;

17. unterstützt die Unabhängigkeit, territoriale Unversehrtheit und Souveränität aller LAK-Staaten und lehnt das Bestreben der Weltmächte ab, auf politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit beruhende Beziehungen zu erzwingen; betont, dass die Achtung der territorialen Unversehrtheit der Staaten ein Grundprinzip des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der regelbasierten internationalen Ordnung ist;

Wirtschaftliche Zusammenarbeit für nachhaltiges Wachstum

18. begrüßt die solide Wirtschafts- und Handelspartnerschaft zwischen der EU und den LAK-Staaten, die sich auf das gemeinsame Interesse an einer Förderung eines nachhaltigen Wachstums und der menschlichen Entwicklung, der Stärkung der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und der Verringerung übermäßiger Abhängigkeiten mittels diversifizierter Handelsbeziehungen stützt;

19. hebt hervor, dass die EU bestrebt ist, beim globalen grünen Wandel eine Führungsrolle zu übernehmen, und dass sie Lateinamerika als wichtigen Partner in diesen Bemühungen betrachtet; unterstützt die LAK-Staaten, was die Bekämpfung der illegalen Entwaldung und die Ausarbeitung von Wiederaufforstungsvorhaben betrifft;

20. betont, dass es in beiden Regionen notwendig ist, die zunehmende Ungleichheit anzugehen, den Frieden zu fördern und demokratische Prozesse und Institutionen zu stärken, und hebt die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hervor, bei der die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau unterstützt werden; ist besorgt über Rückschritte bei den Rechten der Frauen, insbesondere im Hinblick auf ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit; fordert, dass das geschlechtsspezifische Lohngefälle beseitigt wird, und befürwortet Maßnahmen, mit denen die Vertretung von Frauen in Spitzenpositionen in der Politik und in gesetzgebenden Organen verbessert werden soll, und betont, dass die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den LAK-Staaten mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen in Einklang gebracht werden müssen und für eine stärkere Kohärenz zwischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen bzw. ökologischen Zielen gesorgt werden muss;

21. betont, dass die EU der größte Investor in der LAK-Region und der drittgrößte Handelspartner ist; stellt fest, dass die LAK-Staaten der fünftgrößte Handelspartner der EU sind; betont, dass diese ausgeprägte wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht nur den Interessen großer Finanzunternehmen dienen sollte, sondern dabei auch sichergestellt werden sollte, dass sie für alle Seiten, insbesondere für KMU, Arbeitnehmer, schutzbedürftige Menschen und Bevölkerungsgruppen in ländlichen und abgelegenen Gebieten, von Nutzen ist;

22. betont, dass im Letta-Bericht über die Zukunft des Binnenmarkts und im Draghi-Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit betont wird, dass die Anstrengungen zur Sicherung der Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen intensiviert werden müssen, und weist auf das Potenzial der LAK-Staaten hin, wenn es darum geht, als wichtiger Partner bei der Diversifizierung der Lieferketten aufzutreten; begrüßt, dass Vereinbarungen mit Partnern über kritische Rohstoffe unterzeichnet wurden, und betont, dass diese für eine stärkere Diversifizierung der Lieferketten der EU von entscheidender Bedeutung sind; ist der Ansicht, dass diese Vereinbarungen zusammen mit der Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit durch bilaterale Abkommen zu steigenden Investitionen in diesem Bereich führen sollten, die für beide Regionen von Vorteil sein werden;

23. fordert mehr Regulierung und Transparenz in wichtigen Wirtschaftsbereichen wie dem Bergbau, wo eine geringe Regulierung zu Konflikten und Ausbeutung führen kann; fordert alle Partner auf, die Arbeitnehmerrechte zu stärken und Genossenschaften und andere Initiativen, die die Teilhabe und die Stärkung der Rolle der Arbeitnehmer in der Wirtschaft fördern, zu unterstützen; betont, dass bei der Gewinnung von kritischen Rohstoffe, dem Handel damit und ihrer Verarbeitung hohe Standards in Bezug auf Umweltschutz, soziale Verantwortung und

Menschenrechte eingehalten werden müssen, und unterstützt den Aufbau alternativer, widerstandsfähiger, nachhaltiger und transparenter Wertschöpfungsketten, die zum Wohlstand aller beteiligten Gesellschaften beitragen;

24. fordert die Kommission auf, den Austausch mit den LAK-Staaten über die Auswirkungen der EU-Rechtsvorschriften auf ihre lokale Wirtschaft zu intensivieren;

Strategische Partnerschaften und internationale Abkommen

25. weist auf das enge Geflecht von Abkommen zwischen den beiden Regionen hin und weist darauf hin, dass es von grundlegender geopolitischer Bedeutung ist, neue und ambitioniertere Abkommen und Partnerschaften zu schließen, die inklusiv, tragfähig und für beide Seiten vorteilhaft sind, auf gemeinsamen Werten basieren und fest in der Achtung der Menschenrechte verankert sind; betont, dass diese Abkommen dazu beitragen, die wirtschaftliche Integration zu vertiefen, sodass ein Raum des gemeinsamen Wohlstands und einer größeren wirtschaftlichen Sicherheit geschaffen wird; hebt hervor, dass der biregionale Handel zwischen der EU und den LAK-Staaten für die Diversifizierung der Lebensmittelsysteme und die Erhöhung der Ernährungssicherheit enorm wichtig ist;

26. weist darauf hin, dass Mexiko und Brasilien mit ihrem Status als strategische Partner der EU eine besondere Rolle in den biregionalen Beziehungen zukommt; fordert beide Parteien nachdrücklich auf, das Potenzial dieser strategischen Partnerschaften besser zu nutzen; betont, dass der Zusage nachzukommen ist, alle zwei Jahre bilaterale Gipfeltreffen mit beiden Ländern stattfinden zu lassen;

27. begrüßt, dass das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika vollständig ratifiziert wurde und die drei damit verbundenen Säulen, d. h. des politischen Dialogs, der Zusammenarbeit und des Handels, im Mai 2024 in Kraft getreten sind; fordert, dass dafür gesorgt wird, dass solide und inklusive Verfahren für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung und Überwachung des Assoziierungsabkommens EU-Zentralamerika eingesetzt werden, wobei die demokratischen Grundsätze, Transparenz und der soziale Zusammenhalt zu wahren sind; fordert die EU und die zentralamerikanischen Länder auf, eine aktive Politik zu verfolgen und für eine angemessene Finanzierung zu sorgen, um die positiven Auswirkungen des Abkommens auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung in beiden Regionen zu optimieren;

28. begrüßt die Unterzeichnung des Fortgeschrittenen Rahmenabkommens zwischen der EU und Chile und fordert dessen rasche und vollständige Ratifizierung; begrüßt auch den Abschluss der Verhandlungen über das Globalabkommen zwischen der EU und Mexiko, durch das die politische Zusammenarbeit gestärkt wird,

neue Handelsmöglichkeiten eröffnet und die Beziehungen in strategischen Bereichen wie Digitalisierung, Innovation und Sicherheit vertieft werden, und fordert dessen rasche Unterzeichnung und Ratifizierung; nimmt die zentrale Rolle Mexikos in den LAK-Staaten und sein Bestreben zur Kenntnis, Handel und politische Partnerschaften zu diversifizieren; betont, dass durch das Abkommen zwischen der EU und Mexiko die Rolle der EU als strategische Partnerin in der Region und ihre Fähigkeit, auf globale Herausforderungen zu reagieren, gestärkt werden;

29. betont, dass die im Übereinkommen von Paris festgelegten Ziele erreicht werden müssen, und begrüßt die Aufnahme einer verbindlichen Klausel in das Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur über die Einhaltung entsprechender Zusagen; bekräftigt, dass das Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur eine Gelegenheit bieten wird, die biregionale Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Mercosur bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen erheblich zu vertiefen, gleichzeitig dem wachsenden Einfluss autoritärer Akteure in der Region entgegenzuwirken und der EU dabei zu helfen, ihre Versorgung mit kritischen Rohstoffen zu diversifizieren;

Multilaterale Zusammenarbeit

30. weist darauf hin, dass die euro-lateinamerikanische Allianz für eine Brücke steht, bei der es nicht nur darum geht, ein gefährliches Abdriften hin zu abgeschotteten und ideologisch polarisierten Blöcken zu verhindern, sondern auch darum, einen Raum für einen internationalen Dialog zu schaffen, durch den Spannungen abgebaut und gemeinsame Lösungen gefördert werden;

31. würdigt den bedeutenden Beitrag der LAK-Staaten zu multilateralen Organisationen und ihre aktive Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen, darunter Klimawandel, Frieden und Sicherheit, einschließlich der Förderung der Agenda für Frauen, Frieden und Sicherheit, sowie nachhaltige Entwicklung; hebt hervor, dass beide Regionen zugesagt haben, die Charta der Vereinten Nationen, die Menschenrechte, die repräsentative Demokratie und eine starke multilaterale Governance zu verteidigen; fordert beide Regionen nachdrücklich auf, sich weiterhin für den Multilateralismus, insbesondere das System der Vereinten Nationen, stark zu machen und gemeinsam eine Reform der Gremien der globalen Governance, einschließlich der internationalen Finanzinstitutionen, voranzutreiben, um einen inklusiveren und repräsentativeren Multilateralismus zu erreichen;

32. fordert, dass Fortschritte beim Abschluss von Abkommen über die Visaliberalisierung mit den Ländern erzielt werden, mit denen die Gespräche am weitesten fortgeschritten sind;

Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-

Staaten, humanitäre Hilfe und nachhaltige Investitionen im Rahmen der Global-Gateway-Initiative

33. weist darauf hin, dass die EU-Politik mit Blick auf die Entwicklungszusammenarbeit in erster Linie darauf abzielt, die Armut zu verringern und langfristig zu beseitigen; betont, dass es vor allem für besonders schutzbedürftige Gruppen – unter anderem für Frauen, Mädchen und Menschen mit Behinderungen – enorm wichtig ist, die Armut zu beseitigen, um gegen die wachsenden Ungleichheit vorzugehen, durch die der soziale Zusammenhalt geschwächt und wirtschaftliches Potenzial begrenzt wird; weist darauf hin, dass die Schuldenlast in den LAK-Staaten schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Kosten verursacht, die mit langfristigen Folgen für Armut und Ungleichheit einhergehen; spricht sich für eine Umschuldung aus; betont, dass die Ziele für nachhaltige Entwicklung und das Übereinkommen von Paris weiterhin im Mittelpunkt der Zusammenarbeit zwischen den LAK-Staaten und der EU stehen müssen; weist erneut darauf hin, dass der Zugang zu Entwicklungshilfe und -finanzierung besonders für fragile Länder, einschließlich derjenigen, die für die Folgen des Klimawandels anfälliger sind als andere, vor allem die kleinen karibischen Entwicklungsländer, sowie für Länder, die in eine höhere Einkommenskategorie aufsteigen, besonders wichtig ist;

34. betont, dass die EU den größten Beitrag im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in den LAK-Staaten leistet; bekräftigt, dass es wichtig ist, die Entwicklungspolitik und die humanitäre Hilfe der EU in den LAK-Staaten zu stärken, und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den weiteren außenpolitischen Prioritäten der Union mehr Gewicht einzuräumen, unter anderem in den Bereichen Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und Handel, Migration, Fischerei, Landwirtschaft, Klimawandel und Energie; fordert die Schaffung wirksamer Synergieeffekte im Bereich der humanitären Hilfe der EU, wobei der Grundsatz der Mitverantwortung umfassend zu wahren und den Entwicklungsprioritäten der LAK-Regionen Rechnung zu tragen ist; fordert regelmäßige bilaterale Dialoge und gegebenenfalls Konsultationen mit Vertretern der Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft beider Regionen, bei denen es auch um die Unterstützung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in den Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den LAK-Staaten gehen sollte, vor allem als Reaktion auf den weltweiten Rückgang öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA) und humanitärer Hilfe;

35. ist besorgt über die weltweiten Kürzungen der Mittel für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe, insbesondere die Kürzung der ODA und die Aussetzung der meisten Programme der US-Agentur für Internationale Entwicklung (USAID) (bis zu 83 %), sowie über die von einigen EU-Mitgliedstaaten vorgenommenen Kürzungen der weltweiten Hilfen, die allesamt maßgeblich zur Unterstützung eines bedeutenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen

Wandels in der Region beigetragen haben; erklärt erneut, dass diese Kürzungen langfristige Auswirkungen auf die Entwicklungsagenda und die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in der LAK-Region haben werden; äußert ernsthafte Besorgnis über die Auswirkungen, die die jüngsten Kürzungen auf die wirksame Beteiligung und die Fähigkeit der Zivilgesellschaft und nichtstaatlicher Organisationen haben, ihre Tätigkeit zur Förderung der Menschenrechte, der Demokratie und der sozialen Entwicklung in der Region sowie zur Bekämpfung autoritärer Regime fortzusetzen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe für die LAK-Region in ausreichender Höhe bereitzustellen;

36. betont, dass sich traditionelle Formen der ODA als wesentlich und wirksam bei der Verringerung der Armut, der Beseitigung der zunehmenden Ungleichheiten, der Verbesserung der Gesundheits- und Bildungsergebnisse und der Förderung des sozialen Zusammenhalts in der LAK-Region erwiesen haben, insbesondere was die Einbeziehung unterrepräsentierter und marginalisierter Gruppen anbelangt, beispielsweise Mädchen, Frauen, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, indigene Bevölkerungen und Menschen afrikanischer Abstammung;

37. fordert eine uneingeschränkte Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung von EU-Programmen, mit denen die Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung sichergestellt werden soll;

38. hebt das strategische Potenzial der Dreieckskooperation zwischen der EU, den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den LAK-Partnern für die Verbesserung der Entwicklungswirkung, des wechselseitigen Lernens und der politischen Innovation hervor; betont, dass solche Partnerschaften inklusive Lösungen für globale Herausforderungen fördern können, sofern sie auf die lokalen Prioritäten abgestimmt sind und ihr Schwerpunkt auf dem Kapazitätsaufbau liegt; fordert die EU auf, die Unterstützung für Initiativen der Dreieckskooperation im Rahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ auszuweiten und sie systematisch in die strategische Agenda EU-LAK zu integrieren;

39. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, wichtige Initiativen wie die Global-Gateway-Initiative zu nutzen, um die Investitionen in die LAK-Staaten zu erhöhen und gleichzeitig sicherzustellen, dass die EU weiterhin ein starker und wettbewerbsfähiger Partner für die LAK-Staaten bleibt, zumal China und Russland ihre Präsenz in der Region ausweiten, was insbesondere in den Zusagen Chinas während des China-CELAC-Forums am 13. Mai 2025 deutlich zum Ausdruck kam; betont, dass die Erhöhung der EU-Investitionen in Lateinamerika angesichts der Tatsache, dass die Initiative „Neue Seidenstraße“ (Belt and Road Initiative, BRI) in Lateinamerika

intensiviert wurde und Kolumbien auf dem China-CELAC-Forum vom 13. Mai 2025 der BRI beigetreten ist, umso wichtiger ist; fordert die Kommission auf, die im Rahmen der Global-Gateway-Initiative geplanten Projekte und Strategien umzusetzen, um unter anderem nachhaltige und hochwertige Infrastrukturen aufzubauen, durch die wirksam lokale Werte geschaffen werden, die Wertschöpfungsketten beider Regionen gestärkt werden und sich die wirtschaftliche Sicherheit für beide Regionen erhöht; besteht darauf, dass bei der Global-Gateway-Initiative stets die Grundwerte der EU gewahrt werden sollten, darunter die Achtung der Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung, Demokratie und Transparenz sowie ökologische Nachhaltigkeit, und zwar im Einklang mit den Grundsätzen für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit der EU; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen der Global-Gateway-Initiative getätigten Investitionen strenge Due-Diligence-Prozesse umfassen;

40. fordert die wirksame Umsetzung der Global-Gateway-Investitionsagenda der EU für Lateinamerika und die Karibik durch die Förderung von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, um nachhaltige Entwicklung, inklusives Wachstum und Beschäftigung sowie einen gerechten grünen und digitalen Wandel zu unterstützen; fordert die Kommission auf, von den Anfängen bis zur Umsetzung sicherzustellen, dass diese Investitionen auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung und die von den LAK-Partnern ermittelten Prioritäten für eine nachhaltige Entwicklung abgestimmt sind, unter anderem durch regelmäßige Konsultationen mit lokalen Behörden und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie durch Folgenabschätzungen und Bewertungen, und dass bei diesen Investitionen auf lokale und regionale Belange eingegangen wird, sie geschlechtersensibel sind und damit sinnvolle Entwicklungsergebnisse erzielt werden;

41. erachtet es als besonders wichtig, die richtigen Bedingungen zu schaffen, um sowohl öffentliche als auch private Investitionen zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung zu mobilisieren; betont in diesem Zusammenhang, dass die jährliche Finanzierungslücke in Höhe von 99 Mrd. USD in der Region für Infrastruktur- und Klimaprojekte, die an den Zielen für nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind, geschlossen werden muss, um den grünen und den digitalen Wandel voranzutreiben; unterstreicht die Schlüsselrolle des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung plus (EFSD+) bei der Mobilisierung von Investitionen zum Erreichen dieser Ziele und die Rolle der Europäischen Investitionsbank (EIB), insbesondere der EIB Global, innerhalb des EFSD+-Rahmens bei der Bekämpfung des anhaltenden Mangels an langfristigen Finanzmitteln und technischem Fachwissen für grüne Investitionen in der Region, der unter anderem aus einer Umfrage hervorgeht, die 2024 von der EIB und der Vereinigung der lateinamerikanischen Entwicklungsbanken durchgeführt wurde; befürwortet eine engere Zusammenarbeit mit lokalen Finanzinstituten und regionalen

Entwicklungsbanken und fordert einen verstärkten Einsatz von EFSD+-Garantien zur Unterstützung kleiner, wirkungsvoller Projekte, an denen die Zivilgesellschaft und lokale Gemeinschaften beteiligt sind, im Einklang mit der Global-Gateway-Initiative und den EU-Grundsätzen für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit;

42. betont, dass die Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten sowohl im Bereich kritischer Rohstoffe als auch im Technologiebereich von entscheidender Bedeutung ist, um dafür zu sorgen, dass der grüne und der digitale Wandel fair vollzogen werden, und die strategische Autonomie beider Regionen auf der Grundlage für beide Seiten vorteilhafter Partnerschaften zu stärken; betont, dass eine solche Zusammenarbeit dazu beiträgt, die Abhängigkeit der Wirtschaften der LAK-Staaten von Primärrohstoffen (landwirtschaftliche Erzeugnisse und natürliche Ressourcen) zu überwinden, und eine wesentliche Rolle dabei spielt, durch eine nachhaltige Reindustrialisierungspolitik, mit der menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen und die ökologische Nachhaltigkeit und ein der technologischen Innovation zuträgliches Umfeld gefördert werden, Wertschöpfungsketten zu stärken; empfiehlt eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Bildung und Forschung zwischen Universitäten und Innovationszentren in der EU und den LAK-Staaten;

43. betont, dass Global-Gateway-Investitionen in der LAK-Region vorrangig genutzt werden müssen, um Infrastrukturlücken zu schließen und die Ungleichheit zu verringern, was auch die Bekämpfung der digitalen Armut und der Energiearmut einschließt, insbesondere in ländlichen Gebieten und Regionen in Randlage, damit sichergestellt wird, dass die Vorteile einer verbesserten Konnektivität auch bei unterversorgten Bevölkerungsgruppen ankommen; betont, dass dies junge Menschen und den informellen Sektor einschließt und dass ein erschwinglicher Zugang zum Internet und eine verbesserte digitale Kompetenz in allen Bevölkerungsgruppen, insbesondere in marginalisierten Gemeinschaften, sichergestellt werden sollten, um die digitale Kluft aktiv zu überbrücken;

44. betont, dass junge Menschen, die wesentliche Akteure des Strukturwandels sind, beim Zugang zu menschenwürdiger Beschäftigung nach wie vor mit großen Hindernissen konfrontiert sind, und betont, dass mit der Global-Gateway-Initiative vorrangig Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung sowie in beschäftigungspolitische Maßnahmen unterstützt werden müssen, die auf die Bedürfnisse des künftigen Arbeitsmarktes abgestimmt sind;

45. weist ferner darauf hin, dass es wichtig ist, Programmen, die bereits von internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen als wirksam eingestuft wurden, Vorrang einzuräumen, etwa

Investitionen in die Gesundheits- und Pflegesysteme; fordert insbesondere angesichts der Anfälligkeit der Region die wirksame Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen, um einen inklusiven, zugänglichen und wirksamen Ansatz in Bezug auf Gesundheitsversorgung und Pflege sicherzustellen;

46. weist erneut darauf hin, dass Handels- und Assoziierungsabkommen es beiden Regionen ermöglichen, sich in einer großen Bandbreite von Sektoren miteinander auszutauschen und Investitionen zu tätigen, und betont, dass der Abbau von Ungleichheiten, die Förderung des Zugangs zu Gesundheit, Bildung und Wasser sowie die Wahrung der Menschenwürde und der Grundrechte im Einklang mit Artikel 208 AEUV und dem Instrument „NDICI/Europa in der Welt“ für die Partnerschaft zwischen der EU und den LAK-Staaten weiterhin von zentraler Bedeutung sein müssen;

47. betont, dass mehr Transparenz, Rechenschaftspflicht und lokale Relevanz wichtig sind, und begrüßt die Einrichtung einer Website der Kommission mit Informationen über bestehende Global-Gateway-Initiativen; fordert die Kommission auf, weitere Einzelheiten zu veröffentlichen, darunter die Ergebnisse von Konsultationen mit lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft aus beiden Regionen sowie Informationen zur Einhaltung der SDG und der Prioritäten sowohl der EU als auch der Partnerländer mit Referenzwerten und Indikatoren; fordert nachdrücklich eine möglichst breite Anwendung des Markers zur Ungleichheit (I-Marker) der Kommission, insbesondere im Hinblick auf die Global-Gateway-Initiative, die jederzeit einem rechtebasierten Ansatz entsprechen und mit Indikatoren für die menschliche Entwicklung verknüpft werden sollte; unterstreicht darüber hinaus, dass der Thematisierung des Sozial- und Umweltschutzes im Dialog zwischen der EU und der CELAC große Bedeutung zukommt;

48. betont, dass die Global-Gateway-Initiative kontinuierlich evaluiert werden muss, um ihre Wirksamkeit und strategische Ausrichtung zu bewerten; fordert in diesem Zusammenhang eine stärkere Rolle des Parlaments bei der Aufsicht über die Global-Gateway-Initiative und bei ihrer strategischen Steuerung, insbesondere im Hinblick auf ihre Umsetzung in den LAK-Staaten, um Transparenz, demokratische Rechenschaftspflicht, Übereinstimmung mit den Werten der EU und eine wirksame Nutzung der Ressourcen sicherzustellen;

49. fordert die Kommission auf, für eine uneingeschränkte Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Gestaltung, Umsetzung und Überwachung von EU-Programmen zu sorgen, damit die Politikkohärenz im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung sichergestellt wird und wirksame Synergieeffekte mit allen Projekten im Zusammenhang mit der Global-Gateway-Initiative und der humanitären Hilfe der EU hergestellt werden;

50. betont, dass neben der Global-Gateway-Initiative auch die

traditionellen Kooperationskanäle in den LAK-Ländern erhalten bleiben müssen; fordert die EU auf, die Mittel für Programme in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie und Zivilgesellschaft in der Region aufzustocken und dafür zu sorgen, dass die Mittelzuweisungen für das geografische Programm „Amerika und Karibik“ im Rahmen von NDICI/Europa in der Welt – für das derzeit unter allen Regionen die wenigsten Mittel zugewiesen werden – zumindest aufrechterhalten werden;

51. fordert die Kommission und die LAK-Staaten nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Ursachen von humanitären Katastrophen und Naturkatastrophen zu intensivieren, indem sie die Präventions-, Vorsorge-, Resilienz- und Reaktionsstrategien und die Zusammenarbeit verstärken; begrüßt die biregionale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich des integrierten Katastrophenrisikomanagements, die am 15. Mai 2024 in Barbados unterzeichnet wurde, und fordert die Partner, die sie noch nicht unterzeichnet haben, auf, dies so bald wie möglich zu tun;

52. weist darauf hin, dass die europäische Kooperation und die europäischen Investitionen nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region, sondern auch zum Frieden beitragen, da sie dafür sorgen, dass die jungen Menschen in der Region Lateinamerika wirtschaftliche Alternativen haben; betont, dass Letzteres für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität von wesentlicher Bedeutung ist; betont, dass es wichtig ist, die Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen auf dem Gebiet der Sicherheit im weitesten Sinne, einschließlich der Bereiche Klima, Ernährung, Gesundheit und soziale Sicherheit, zu stärken und gemeinsame Vorsorge-, Präventions- und Reaktionsmechanismen umzusetzen sowie die Menschenrechte und die humanitären Grundsätze vollständig in die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten zu integrieren, um die Spirale der Gewalt und Ausgrenzung in der LAK-Region zu durchbrechen;

53. begrüßt es, dass die EU bestrebt ist, beim globalen grünen Wandel eine Führungsrolle zu übernehmen, und würdigt es, dass sie Lateinamerika als wichtigen Partner in diesen Bemühungen betrachtet; betont, dass globale grüne Initiativen, mit denen auf die globalen Klimaschutz- und Anpassungsziele reagiert wird, gemeinsam vorangetrieben werden müssen; betont, dass ein gerechter und inklusiver ökologischer Wandel in beiden Regionen gefördert werden muss, unter anderem durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten bei der Anpassung an den Klimawandel und dessen Eindämmung, und dass auf extreme Klimaereignisse reagiert werden muss, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf kritischen Bereichen wie dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Wiederherstellung von Ökosystemen, der Dekarbonisierung und der nachhaltigen Landwirtschaft sowie den am stärksten gefährdeten Menschen und Gemeinschaften liegen muss;

54. betont, dass der Klimawandel die Lebensmittelsysteme in Lateinamerika beeinträchtigt, und hebt den Wert der Agrarökologie hervor, die als ein wesentliches gegen den Klimawandel widerstandsfähiges Landwirtschaftssystem anerkannt wurde;

55. weist erneut darauf hin, dass das Kooperationsprogramm EU-Amazonasbecken wichtig ist, um die Kapazitäten der Länder des Amazonasbeckens hinsichtlich der Bekämpfung von Entwaldung und Waldschädigung zu verbessern;

56. fordert stärkere Verpflichtungen zur Wahrung der Rechte indigener Völker und zur Einbeziehung dieser Rechte in den Dialog und in sämtliche Dimensionen der Zusammenarbeit mit den LAK-Staaten gemäß den Festlegungen in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker;

57. weist erneut darauf hin, dass es wichtig ist, einen nachhaltigen und verantwortungsvollen Bergbau zu fördern, bei dem die Rechte und Existenzgrundlagen lokaler Gemeinschaften und indigener Völker geschützt und schwerwiegende negative Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt vermieden werden und der dazu beiträgt, die Abhängigkeit von Rohstoffausfuhren zu überwinden und eine nachhaltige Reindustrialisierungspolitik zu fördern, mit der menschenwürdige Arbeitsplätze geschaffen werden und die ökologische Nachhaltigkeit durch eine wirksame Verwaltung der Bodenschätze gefördert wird;

58. betont, dass die geschlechtergerechte Entwicklungszusammenarbeit unterstützt werden muss, und schlägt die Umsetzung gezielter Maßnahmen zur Verringerung und Beseitigung von Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen vor, unter anderem in Form der Förderung des Zugangs zu menschenwürdiger Arbeit für Frauen, der finanziellen Inklusion und der Wahrnehmung von Führungsrollen und unternehmerischen Tätigkeiten durch Frauen, insbesondere in ländlichen Gebieten und im informellen Sektor; betont, dass Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) in vielen Regionen der Welt oftmals die treibende Kraft der örtlichen Wirtschaft sind und immer häufiger von Frauen geführt werden; hebt hervor, dass auf KKMU weltweit 90 % der Unternehmen, 60 bis 70 % der Arbeitsplätze und 50 % des BIP entfallen; betont, dass KKMU einen entscheidenden Beitrag zur Agenda 2030 und zur Erreichung der SDG leisten, insbesondere im Zusammenhang mit der Beseitigung der Armut und mit menschenwürdiger Arbeit für alle;

59. begrüßt die Initiative des biregionalen Pflege- und Betreuungspakts, die darauf abzielt, die Zusammenarbeit in Bezug auf umfassende Pflege- und Betreuungssysteme und öffentliche Maßnahmen zwischen den Ländern beider Regionen zu fördern, unter anderem durch die Ausarbeitung von Kooperations- und Finanzierungsmechanismen, um die Wirtschaft gerechter und

integrativer zu gestalten;

60. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten, um geschlechtsspezifische Gewalt durch umfassende Aufklärung, Sensibilisierungskampagnen und die Stärkung des Rechtsschutzes zu bekämpfen; unterstützt Initiativen im Rahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ und des dritten Aktionsplans für die Gleichstellung, mit denen die Beschäftigung junger Menschen, die Bildung und die politische Teilhabe von Frauen gefördert werden;

61. hebt hervor, dass der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung und Überwachung inklusiver Sozialpolitik, der Erleichterung eines gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger Bildung und der Förderung eines nachhaltigen und inklusiven Wirtschaftswachstums in den LAK-Staaten zukommt; ist zutiefst besorgt über den sich verringernden Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft in vielen lateinamerikanischen Ländern; fordert in diesem Zusammenhang, dass die EU zivilgesellschaftliche Organisationen, Menschenrechtsverteidiger, Umweltaktivisten und Journalisten, die immer mehr Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt sind, verstärkt unterstützt, damit sie ihre Arbeit ungefährdet und unabhängig ausüben können; fordert, dass ihrer Sicherheit, ihrem Zugang zur Justiz und ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Vorrang eingeräumt und die Partnerschaft der EU mit den Akteuren der Zivilgesellschaft gestärkt wird, zumal ihnen bei der Inangriffnahme zentraler Anliegen und der Förderung eines konstruktiven Dialogs über Menschenrechte und des Übergangs zur Demokratie eine wichtige Funktion zukommt und sie bei ihren Tätigkeiten in hohem Maße auf Hilfsprogramme angewiesen sind;

62. betont, dass die Unterstützung der EU für die Stärkung der Sozialschutzsysteme in den LAK-Staaten enorm wichtig ist, worunter auch integrierte Sozialregister, eine bessere Koordinierung der Systeme und gemeinsamer Pilotprojekte, insbesondere mit der Zivilgesellschaft und den Gebietskörperschaften, die in der Partnerschaft zwischen der EU und den LAK-Staaten wesentliche Triebkräfte für Inklusion und Armutsbekämpfung sind, fallen;

Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Bekämpfung des Drogenhandels

63. ist sich bewusst, dass die organisierte Kriminalität und der Drogenhandel sowohl in der EU als auch in den LAK-Staaten zunehmen und dass beispiellose Mengen illegaler Drogen aus der Region vor allem über die Häfen illegal in die EU gelangen; ist besonders besorgt über die zunehmende Herausforderung für die Sicherheit in beiden Regionen, die sich daraus ergibt, dass sich kriminelle Organisationen aus den LAK-Staaten und der EU länderübergreifend abstimmen; betont, dass die Zusammenarbeit nicht nur mit den Ländern, in denen Drogen hergestellt werden,

gestärkt werden muss, sondern auch mit den Transitländern in Lateinamerika und in der Karibik, und dass die multilaterale Zusammenarbeit zur Bekämpfung dieser Bedrohungen gefestigt werden muss; fordert, dass die Partnerschaft EU-LAK für Justiz und Sicherheit, EL PAcCTO 2.0, COPOLAD, EUROFRONT, das Global Illicit Flows Programme (GIFP) und die Europäische Hafenallianz gestärkt werden;

64. weist darauf hin, dass der Lateinamerikanische Ausschuss für innere Sicherheit (CLASI) wesentlich für den Aufbau eines gemeinsamen, von den LAK-Staaten genutzten Sicherheitsrahmens ist; unterstreicht, dass der CLASI ein Schlüsselinstrument ist, wenn es darum geht, die Kriminalitätsbekämpfung in der Region integrierter und wirksamer zu gestalten; begrüßt, dass zwischen den Innenministern bzw. den für Sicherheitsfragen zuständigen Ministern der EU-Mitgliedstaaten und den für Sicherheitsfragen zuständigen Ministern der Mitgliedstaaten des CLASI ein beständiger strategischer Austausch – auch auf technischer Ebene – besteht, was die operative Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten bei der Strafverfolgung stärkt; begrüßt die Annahme einer Gemeinsamen Erklärung und eines Fahrplans für die Prioritäten der operativen Zusammenarbeit 2025-2026; fordert eine ähnliche Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Grenzmanagement;

65. fordert die Kommission auf, die Unterstützung für die Zusammenarbeit zwischen den LAK-Partnerländern und den relevanten EU-Agenturen, einschließlich EUROPOL, EUROJUST und EUDA, zu festigen und auszuweiten sowie deren Arbeitsvereinbarungen zu stärken; begrüßt die Idee, eine Partnerschaft zwischen Häfen in den LAK-Staaten und der Europäischen Hafenallianz zu schaffen; betont, dass KI-Technologien weiterentwickelt werden müssen und die Zusammenarbeit zwischen Häfen und Behörden bei der Bekämpfung des Drogenhandels verstärkt werden muss; fordert gemeinsame Durchsetzungsinitiativen, operative Partnerschaften und den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse; begrüßt die konkreten Beiträge der Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang;

66. begrüßt die Bemühungen, die regionale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich durch die Ausweitung des CLASI und die Einrichtung von AMERIPOL als formalisiertes Strafverfolgungsorgan zu vertiefen, womit die grenzüberschreitende Koordinierung erleichtert wird; betont, dass der Vertrag zur Gründung von AMERIPOL ratifiziert werden muss, damit die Einrichtung uneingeschränkt tätig werden kann, und fordert die Unterzeichnerländer auf, ihre verfassungsmäßigen Ratifizierungsverfahren einzuleiten;

67. betont, dass die Ursachen der organisierten Kriminalität, einschließlich Korruption, schwacher Regierungsführung und

sozialer Ungleichheit, angegangen werden müssen, und spricht sich für eine Vorgehensweise aus, bei der die Strafverfolgung mit einer langfristigen Sozialpolitik und anderen bereichsübergreifenden Strategien kombiniert wird, damit ein ressortübergreifender und gesellschaftsweiter Ansatz hinsichtlich der Sicherheit der Bürger gewährleistet ist; weist darauf hin, dass sich Assoziierungsabkommen und andere bilaterale Abkommen zwischen der EU und den LAK-Staaten als wesentliche Instrumente für die Zusammenarbeit mit Partnerländern positiv auswirken, wenn es darum geht, die Ursachen der organisierten Kriminalität anzugehen und den illegalen Drogenhandel zu bekämpfen;

Justiz, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

68. betont, dass bei Justizreformen in den LAK-Staaten dafür zu sorgen ist, dass die Unabhängigkeit der Justiz geachtet wird und internationale Standards im Bereich Rechtsstaatlichkeit eingehalten werden; fordert, dass sichergestellt wird, dass derartige Reformen zur Stärkung der demokratischen Regierungsführung und zur Wahrung der Integrität der Justiz beitragen; betont, dass Verbindungen in der Politik zu Korruption und organisierter Kriminalität bekämpft werden müssen; fordert die staatlichen Stellen auf, die Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf friedliche Versammlung zu wahren, ordnungsgemäße Verfahren zu achten und die Sicherheit und Integrität von Justizbediensteten und Häftlingen zu gewährleisten; verpflichtet sich, die LAK-Staaten bei diesen Bemühungen zu unterstützen;

69. begrüßt, dass die EU und die LAK-Staaten kontinuierlich zusammenarbeiten, wenn es um die Wahrung und Förderung von Demokratie, Menschenrechten und verantwortungsvoller Regierungsführung und die Stärkung der politischen Stabilität geht; betont, dass die Integrität und Transparenz von Wahlprozessen grundlegende Säulen der Partnerschaft zwischen der EU und den LAK-Staaten sind;

70. betont, dass die Wahlbeobachtungsmissionen der EU maßgeblich für die Unterstützung fairer Wahlen und die Gewährleistung von Transparenz sind, wie die jüngsten Missionen in Guatemala, Paraguay und Ecuador gezeigt haben und was auch für die geplanten Mission in Bolivien, Guyana und Honduras im Jahr 2025 und in Peru und Kolumbien im Jahr 2026 gilt;

71. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten, um Desinformationskampagnen und hybriden Bedrohungen entgegenzuwirken, insbesondere solchen, die von autoritären Staaten wie Russland, China und Iran ausgehen und darauf abzielen, demokratische Institutionen, die Integrität von Wahlen und das Vertrauen der Öffentlichkeit in beiden Regionen auszuhöhlen; betont, dass als Reaktion auf zunehmende hybride

Bedrohungen und Fehlinformationen Programme für den Aufbau digitaler Kompetenzen ausgeweitet werden müssen, um den Bürgern jene Fertigkeiten zu vermitteln, die sie für eine kritische Bewertung von Online-Informationen benötigen;

Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte

72. betont, dass sich viele Menschen aufgrund der zunehmenden Repression, der sich verschlechternden Bedingungen in autokratischen Regimen und der wachsenden wirtschaftlichen Instabilität in einigen Teilen der LAK-Staaten dazu gezwungen sehen, auf der Suche nach Schutz, wirtschaftlichen Möglichkeiten und Grundrechten zu fliehen; nimmt die daraus resultierende massive Vertreibung – vor allem aus Haiti, Nicaragua und Venezuela – und grenzüberschreitende Migration in der Region mit Besorgnis zur Kenntnis; unterstreicht, dass dies eine zunehmende humanitäre, soziale und institutionelle Belastung für demokratische Länder, die eine erhebliche Zahl von Migranten und Asylsuchenden aufnehmen, bedeutet; betont daher, dass es einer umfassenden Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern bedarf und dass koordinierte Reaktionen entscheidend sind, um die Rechte, die Würde und die Sicherheit aller Migranten und Flüchtlinge zu wahren; betont, dass inklusive Maßnahmen zur Integration von Migranten in die Aufnahmegemeinschaften äußerst wichtig sind und dass Migranten aus der Region einen positiven Beitrag zu Gesellschaft und Wirtschaft leisten;

73. hebt hervor, dass die Zusammenarbeit beim Schutz der Menschenrechte für die Beziehungen zwischen der EU und den LAK-Staaten von grundlegender Bedeutung ist; betont, dass Strategien entwickelt werden müssen, um die Rechte von Menschen afrikanischer Abstammung und indigenen Völkern in den LAK-Staaten zu stärken; stellt fest, dass es einen besorgniserregenden Anstieg von Frauenmorden in den LAK-Staaten gibt; betont, dass dringend gegen Frauenmorde vorgegangen werden muss, indem Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gestärkt, die Erlangung von Grundbesitz erleichtert, Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und der Zugang zu Bildung sichergestellt wird; unterstreicht, dass die Zusammenarbeit in diesen Fragen fortgesetzt werden muss;

74. ist zutiefst besorgt darüber, dass ein erheblicher Teil Haitis nach wie vor unter der Kontrolle bewaffneter krimineller Banden steht, die für weitverbreitete Gewalt und schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind; fordert eine zwischen den LAK-Partnern, den EU-Mitgliedstaaten und den Vereinigten Staaten koordinierte Strategie, um diese Krise zu bewältigen und die haitianische Bevölkerung bei der Wiederherstellung von Stabilität, demokratischer Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen; betont, dass die Beteiligung aller relevanten

Interessenträger, einschließlich nichtstaatlicher Organisationen, an diesem Prozess von wesentlicher Bedeutung ist; fordert die EU auf, ihre politische, humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung für Haiti im Rahmen der Partnerschaft zwischen der EU und den LAK-Staaten dringend zu verstärken, und stellt fest, dass die derzeitigen Bemühungen nach wie vor nicht ausreichen, um dem Ausmaß der Krise Herr zu werden und das haitianische Volk bei der Wiederherstellung von Stabilität, demokratischer Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen;

75. unterstreicht, dass die Zivilgesellschaft in den Beziehungen zwischen der EU und den LAK-Staaten eine entscheidende Rolle spielt; verurteilt aufs Schärfste die Morde an Menschenrechtsverteidigern und die systematischen Verletzungen der Pressefreiheit; ist zutiefst besorgt über die gezielte Verfolgung, Kriminalisierung, willkürliche Inhaftierung und systematische Unterdrückung von Mitgliedern der Opposition, indigenen Völkern, Studierenden, nichtstaatlicher Organisationen und führenden Geistlichen, die in mehreren Ländern zu verzeichnen sind; verurteilt die missbräuchliche Anwendung des Strafrechts, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen und legitime Kritik zu unterdrücken;

76. betont, dass die Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte auch die Stärkung der Institutionen und der Unabhängigkeit der Justiz sowie die Sicherstellung des universellen Zugangs zur Justiz umfassen muss, worunter auch der Schutz von Menschenrechtsverteidigern, Umweltaktivisten und Journalisten sowie die Sicherstellung ihrer Arbeit in beiden Regionen fällt; verurteilt die kürzlich in einigen LAK-Staaten erlassenen Gesetze, die sich gegen nichtstaatliche Organisationen richten und mit denen ihre Arbeit, ihre Finanzierung und ihre Unabhängigkeit eingeschränkt werden;

77. fordert die EU auf, die globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte auf diejenigen anzuwenden, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind, und auch weiterhin die restriktiven Maßnahmen der EU zu nutzen, um Personen mit Sanktionen zu belegen, die nach und nach verdeckt die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit aushöhlen; fordert die EU außerdem auf, bei der Zuweisung von EU-Mitteln – auch über multilaterale Institutionen und Finanzinstitutionen – spezifische Garantien für die Einhaltung der Menschenrechte vorzusehen und sicherzustellen, dass diese Mittel nicht zur Ausweitung der autoritären Kontrolle derartiger Regime dienen; fordert die Kommission auf, bei Feststellung eklatanter Menschenrechtsverletzungen von den in den Assoziierungsabkommen vorgesehenen Menschenrechtsklauseln Gebrauch zu machen;

Parlamentarische Zusammenarbeit und direkter Kontakt zwischen den Menschen

78. begrüßt die Vertiefung der parlamentarischen Zusammenarbeit zwischen der EU und den LAK-Staaten, insbesondere durch die Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika (Eurolat) sowie durch bilaterale Versammlungen wie mit Chile und Mexiko und subregionale Paritätische Parlamentarische Versammlungen, wodurch der Austausch über wichtige Fragen wie Handel, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung gefördert wird; stellt fest, dass Eurolat ein strategisches Element der Beziehungen zwischen der EU und den LAK-Staaten darstellt und eine wichtige Rolle bei der Stärkung dieser Partnerschaft übernimmt; begrüßt das Ergebnis der 16. Plenartagung der Eurolat, die von 1. bis 3. Juni 2025 in Lima stattgefunden hat;

79. fordert eine verstärkte Koordinierung zwischen dem Parlament und den nationalen und regionalen Parlamenten in Lateinamerika, um gemeinsam transnationale Fragen anzugehen, die mit den Prioritäten der biregionalen Zusammenarbeit im Einklang stehen und für die nachhaltige Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind;

80. weist auf die äußerst wichtige Funktion der parlamentarischen Diplomatie bei der Stärkung der biregionalen Beziehungen hin, da auf diesem Wege der direkte Austausch mit den nationalen und regionalen Parlamenten gefördert wird; fordert eine stärker ausgeprägte parlamentarische Diplomatie, um demokratische Übergangsprozesse zu unterstützen und die Legislativbefugnisse der Parlamente der LAK-Staaten zu stärken; begrüßt in diesem Zusammenhang die Eröffnung eines lokalen Büros des Parlaments in Panama;

81. fordert nachdrücklich eine stärkere Unterstützung und höhere Investitionen in die wichtige Arbeit der zivilgesellschaftlichen Netze, der Diasporagemeinschaften in beiden Regionen, der zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Mobilität junger Menschen und der EU-LAK-Stiftung bei der Verbesserung der biregionalen Beziehungen;

82. spricht sich dafür aus, dass junge Menschen in die Partnerschaft zwischen der EU und den LAK-Staaten einbezogen werden, indem der Bildungsaustausch sowie von jungen Menschen geleitete Initiativen und Plattformen gefördert werden, die es jungen Menschen ermöglichen, einen sinnvollen Beitrag zu biregionalen politischen Entscheidungsprozessen zu leisten;

Empfehlungen für das Gipfeltreffen EU-CELAC im November 2025

83. begrüßt das Treffen EU-CELAC im Jahr 2023 und die Umsetzung von Initiativen im Rahmen des Fahrplans EU-CELAC 2023-2025; lobt die Zielsetzung, regelmäßig alle zwei Jahre Gipfeltreffen zu organisieren; betont in diesem Zusammenhang, dass auf dem Gipfeltreffen 2025 am 9. und 10. November 2025 in Santa Marta,

Kolumbien, ein neuer und ambitionierter Fahrplan angenommen werden muss, mit dem die Partnerschaft weiter gestärkt wird, der unmissverständlich auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung abgestimmt ist und der der verstärkten Zusammenarbeit zwischen beiden Regionen Rechnung trägt;

84. betont, dass der bevorstehende Gipfel EU-CELAC eine wertvolle Gelegenheit sein wird, um der gemeinsamen Stimme der EU, Lateinamerikas und der Karibik auf der Grundlage gemeinsamer Werte weltweit Gehör zu verschaffen, politische Verpflichtungen auf höchster Ebene zu erneuern und eine ehrgeizige und operative biregionale Agenda festzulegen;

85. erwartet, dass auf dem Gipfeltreffen EU-CELAC das Bündnis zwischen der EU und den LAK-Staaten gestärkt wird, um die höchsten Standards für nachhaltige Entwicklung auf multilateraler Ebene festzulegen, und dass die gemeinsame Zusage bekräftigt wird, die Reform der multilateralen Institutionen zu unterstützen, damit sie inklusiver und wirksamer werden, wobei der Schwerpunkt vor allem auf Finanzinstituten liegt, die eine grundlegende Rolle beim Abbau der Schulden und der Gestaltung eines nachhaltigeren internationalen Finanzierungsmodells spielen, einschließlich der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, die auf der 4. Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Sevilla (Spanien) thematisiert wurde; betont, dass die EU die regionale Integration der LAK-Staaten und die Bemühungen um eine Bewältigung der seit Langem bestehenden strukturellen Herausforderungen für die nachhaltige Entwicklung in der Region weiterhin unterstützen muss;

86. erwartet, dass auf dem Gipfeltreffen EU-CELAC Fortschritte bei der Einrichtung eines ständigen Mechanismus mit mehreren Interessenträgern und angemessener Finanzierung erzielt werden, um regelmäßige Konsultationen mit der Zivilgesellschaft, den Gewerkschaften, den lokalen Gebietskörperschaften und anderen einschlägigen Interessenträgern aus beiden Regionen einzuführen; würdigt die Arbeit der EU-LAK-Stiftung in ihrer Eigenschaft als zwischenstaatliche Organisation sowie ihren potenziellen Beitrag zum ständigen Mechanismus mit mehreren Interessenträgern;

87. betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig ist, die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte zu wahren, und fordert, dass sich alle Gipfelteilnehmer an diese Grundsätze halten; weist darauf hin, dass dies ohne eine wirklich transparente, umfassende und konstruktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft nicht möglich sein wird; fordert, dass die Tagesordnung des Gipfeltreffens eine Debatte über Demokratie und Menschenrechte – wie beispielsweise das Recht auf Teilnahme an fairen und freien Wahlen – umfasst und dass die Schlussfolgerungen des Gipfeltreffens einen nachdrücklichen Aufruf zur Verteidigung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit enthalten; fordert

die EU auf, die Demokratie und die Menschenrechte entschieden zu verteidigen;

88. fordert die Parteien auf, ihr gemeinsames Engagement für Frieden, Demokratie, Multilateralismus, die regelbasierte Weltordnung, die territoriale Integrität der Staaten, die Rechtsstaatlichkeit, die internationale Gerichtsbarkeit, die Menschenrechte, die soziale Gerechtigkeit, die nachhaltige Entwicklung und den freien Handel auf dem Gipfeltreffen im November 2025 zu bekräftigen, um schrittweise einen europäisch-lateinamerikanischen transatlantischen Raum des Friedens, der Demokratie und des Wohlstands zu schaffen;

89. fordert die Parteien auf, den anhaltenden Angriffskrieg Russlands und insbesondere die schwerwiegenden Verstöße Russlands gegen das Völkerrecht und das humanitäre Völkerrecht aufs Schärfste zu verurteilen und der Ukraine diplomatische, finanzielle und militärische Unterstützung zu gewähren; fordert die Parteien auf, sich gemeinsam darum zu bemühen, rasch einen dauerhaften Waffenstillstand, humanitäre Hilfsmaßnahmen im Gazastreifen und die Freilassung aller Geiseln zu erreichen;

90. fordert die EU und die CELAC auf, Fortschritte im Hinblick auf konkrete Verpflichtungen in Bezug auf die Verringerung von Armut und Ungleichheit, die Förderung des Zusammenhalts, der institutionellen Kapazitäten und der Governance sowie den Schutz der Arbeitnehmerrechte zu erzielen und weiterhin den universellen Zugang zu Bildung und Gesundheit zu fördern; betont, dass eine biregionale Verpflichtung zum biregionalen Pflege- und Betreuungspakt erreicht werden muss, damit umfassende Pflege- und Betreuungssysteme als Säule der Sozialfürsorge konsolidiert und finanziert werden können, wobei Pflege und Betreuung als Recht, kollektive Verantwortung und wesentliche Voraussetzung für die Gleichstellung der Geschlechter, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung in der EU und den LAK-Staaten anzuerkennen sind;

91. fordert, dass auf dem Gipfeltreffen EU-CELAC die Zusammenarbeit in den Bereichen Klimaresilienz, Schutz der biologischen Vielfalt und Bekämpfung der Entwaldung vorangebracht wird, wobei sicherzustellen ist, dass Umwelt- und Dekarbonisierungsmaßnahmen gerecht umgesetzt werden, dass die lokale Bevölkerung am grünen Wandel teilnimmt und davon profitiert und dass die am stärksten gefährdeten Gemeinschaften bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden;

92. fordert stärkere Verpflichtungen zur Wahrung der Rechte indigener Völker in allen Dimensionen der Zusammenarbeit zwischen der EU und der CELAC;

93. hält es für wichtig, dass sich die EU und die LAK-Staaten

verpflichten, gemeinsam globale und sozial gerechte grüne Initiativen voranzutreiben, wie etwa die Aushandlung eines internationalen Vertrags zur Beendigung der Verschmutzung durch Kunststoffe oder den Ausbau der Vereinbarung über ein integriertes Katastrophenrisikomanagement, und dass die EU und die LAK-Staaten die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen fördern; fordert die Parteien auf, ihr gemeinsames Engagement für die wirksame Umsetzung des Übereinkommens von Paris zu bekräftigen;

94. spricht sich für eine fortgesetzte enge Zusammenarbeit in digitalen Angelegenheiten im Rahmen der Digitalen Allianz EU-LAK aus, um einen auf den Menschen ausgerichteten digitalen Wandel in beiden Regionen zu fördern; fordert eine Angleichung der Regulierungsrahmen im digitalen Bereich, insbesondere durch den Dialog über Datenschutz, Plattformregulierung, KI-Ethik und Cybersicherheit;

95. fordert erneut eine deutliche Verstärkung der biregionalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Drogenhandels als Teil eines umfassenden Ansatzes für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger;

96. fordert ein stärkeres Engagement bei der Zusammenarbeit im Bildungsbereich, insbesondere durch eine Ausweitung der Austauschprogramme im Rahmen von Erasmus+;

97. betont, dass für die Organisation der regelmäßigen Gipfeltreffen EU-CELAC mehr institutionelle Unterstützung, Ressourcen und technisches Fachwissen bereitgestellt werden müssen; fordert die Schaffung eines ständigen institutionellen Raums zwischen den Gipfeltreffen, der eine bessere Koordinierung, eine bessere Vorbereitung, eine schnellere Kommunikation und die Überwachung der Ergebnisse ermöglicht;

98. fordert regelmäßige Konsultationen verschiedener Interessenträger, insbesondere vor und nach jedem Gipfeltreffen EU-CELAC, zwischen den lokalen Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft in der LAK-Region und der Kommission, um sicherzustellen, dass die jeweiligen Global-Gateway-Projekte mit der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung sowie den lokalen und regionalen Entwicklungsprioritäten im Einklang stehen; fordert darüber hinaus die Einrichtung eines ständigen Weiterverfolgungsmechanismus unter Einbeziehung verschiedener Interessenträger zur Überwachung der Beziehungen zwischen der EU und der CELAC und der Fortschritte bei der Umsetzung der Verpflichtungen; betont, dass eine sinnvolle Einbeziehung und Konsultation der Zivilgesellschaft der EU und der LAK-Staaten während des Gipfeltreffens sichergestellt werden muss;

°

° °

99. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu übermitteln.